



2. Sitzung

Mittwoch, den 01.06.2016

**Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums**

**Abgabe der Regierungserklärung durch
die Ministerpräsidentin**

24

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

24

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

Entschuldigt:

Staatsministerin Ulrike Höfken; Staatssekretär Philipp Fernis, Staatssekretär Dr. Stephan Weinberg.

2. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 01.06.2016

Beginn der Sitzung: 14:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur zweiten Plenarsitzung der 17. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags begrüßen.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Frau Jaqueline Rauschkolb und Herrn Adolf Kessel.

Entschuldigt fehlen Staatsministerin Ulrike Hoefken wegen eines Trauerfalls, Staatssekretär Philipp Fernis wegen der Teilnahme an der Justizministerkonferenz und Staatssekretär Dr. Stefan Weinberg wegen eines Termins in Berlin.

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Mühlheim-Kärlich, 9. Jahrgangsstufe, sowie deutsch-französische Austauschschülerinnen und Austauschschüler aus dem Partnerland Burgund. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Tagesordnung für unsere heutige Plenarsitzung über das OPAL-System erhalten. Gibt es Änderungswünsche zur Tagesordnung? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit stelle ich die Tagesordnung fest.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Abgabe der Regierungserklärung durch die Ministerpräsidentin

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen und liebe Kolleginnen, liebe Bürger und liebe Bürgerinnen! Wann haben Sie das letzte Mal gedacht: Warum gerade ich? – Wann haben Sie das letzte Mal geweint? Wann haben Sie das letzte Mal gelacht? Eben? Vor einer Woche?

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich weiß die Antworten für mich, und Sie wissen die Antworten für sich selbst. In der Politik geht es aber gar nicht um uns oder um unser persönliches Wohlergehen. Die entscheidende Frage für Politiker und Politikerinnen, für uns ist: Wie geht es den Menschen in unserem Land? Wie werden Bürgerinnen und Bürger in fünf, in zehn, in 50 Jahren in Rheinland-Pfalz leben? Wie wachsen unsere Kinder auf? Wie geht es unseren Familien, wie den älteren Menschen? – Es ist unsere Aufgabe, uns darum zu kümmern, dass die Menschen hier gut leben können, hier in Rheinland-Pfalz: jetzt und in der Zukunft, morgen und übermorgen!

Die Wähler und Wählerinnen haben uns ihr Vertrauen ausgesprochen. Auf dieser Grundlage führen SPD, FDP und die Grünen Rheinland-Pfalz ins nächste Jahrzehnt. Mit all unserer Kraft. Mit all unserem Mut. Mit all unserem Wissen und Gewissen. Mit dieser Koalition setze ich den Regierungsauftrag der Bürger und Bürgerinnen um! Damit es den Menschen in Rheinland-Pfalz gut geht. Das ist mein Antrieb, das ist meine Motivation. Das ist die Aufgabe dieser neuen Landesregierung!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich sehr auf die gute Zusammenarbeit in der neuen Koalition und natürlich auf die Zusammenarbeit mit den Vertretern und Vertreterinnen der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gemeinsam mit meinem Stellvertreter Dr. Volker Wissing und Ulrike Höfken, meiner zentralen Ansprechpartnerin aufseiten der Grünen, werden wir diese Koalition erfolgreich führen! Wir werden mit den Kollegen und Kolleginnen der Opposition anständig zusammenarbeiten. Wir werden in dieser neuen Koalition sozial gerecht, wirtschaftlich stark und ökologisch verantwortlich regieren: für ein Rheinland-Pfalz, das auch in Zukunft gemeinsam stark und lebenswert ist.

- Wir sorgen dafür, dass die Menschen neue Chancen und Perspektiven erhalten.
- Wir sorgen für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Fortschritt.
- Wir sorgen für Nachhaltigkeit und einen achtsamen Umgang mit unserer Umwelt.
- Wir sorgen für ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Rheinland-Pfalz.
- Wir sorgen für ein sozial gerechtes Land.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Menschen in Deutschland, und zwar alle im Alter von 14 bis 80 Jahren, verbindet laut einer aktuellen Umfrage nicht der Wunsch nach einem Auto, nicht der Wunsch nach viel Geld, nicht der Wunsch nach einem Einfamilienhaus. Nein, die Menschen aller Altersklassen verbindet der Wunsch nach Gemeinschaft, nach Nähe, nach einem Wir-Gefühl, nach Zusammenhalt. Das, liebe Kollegen und Kolleginnen, das ist es, was ich will: Ich will, dass die Menschen zusammenhalten. Dass sie gut zusammen leben. Dass sie sich wohlfühlen in unserem Land. Und deshalb ist das Wichtigste für mich als Ministerpräsidentin: Die Politik dieser Regierung gilt für alle. Für Junge und Alte. Für Männer und Frauen. Für Flüchtlinge und die, die schon immer hier waren. Für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber. Wir werden für alle da sein. Wir sind für alle da!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es passt ganz gut zum Weltkindertag, dass ich von ihnen rede: von Mia, Emma und Ben, Faris, Luan und Luca, Anna, Jacob, Marie, Justin, Michael und Eymen. Sie alle sind knapp sechs Jahre alt. Sie alle leben hier in Rheinland-Pfalz. Keiner kann sich vorstellen, jemals woanders zu

leben. Aber sie sind ja auch erst sechs Jahre alt. Ihre Eltern sind Deutsche. Oder Syrer. Eymen hat türkische und jordanische Großeltern. Seine Mutter ist in Trier geboren, sein Vater in der Eifel. Andere sind zugezogen – aus Hessen oder Aleppo. Aus Russland oder Italien. Diese Kinder sind unser Land von morgen.

Sie sind typisch für das Rheinland-Pfalz von heute: Knapp ein Drittel aller Kinder im Land hat einen ausländischen Elternteil. Von 100 Kindern sind 49 Mädchen und 51 Jungen. Sie sprechen mehrere Sprachen, sind blond und dunkelhaarig, mit und ohne Locken, die einen lieben Fußball, die anderen lieben Bücher. Diese Kinder stehen für alle Kinder und ihre Lebensgeschichten in unserem Land. Ich will, dass für sie alle Rheinland-Pfalz eine gute Heimat ist. Ich will, dass wir diesen Kindern eine gute Zukunft ermöglichen. Und das geht nur mit bester Bildung, mit gleichen Bildungschancen, mit guten Kitas, Schulen und Ausbildungen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, gute, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist unser Markenkern. Ich bin froh darüber, dass wir in dieser neuen Koalition nicht eine Minute auf Diskussionen über Kita-Beiträge oder Studiengebühren verschwenden mussten. Nein, für uns ist klar: Bildung ist von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei. Und das bleibt so!

(Beifall der SPD, der FDP, und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erneuern das gesellschaftliche Aufstiegsversprechen. Wir lassen keinen zurück. Deshalb treiben wir den Ausbau der Kita-Plätze weiter voran.

Wir kümmern uns auch um die Qualität unserer Kitas. Dazu nehmen wir in dieser Legislatur zunächst eine fundierte Erhebung dessen vor, was wir im Bereich der frühkindlichen Bildung bisher erreicht haben. Wir werden uns die bestehenden Finanzierungsregeln und Steuerungsinstrumente genau betrachten. Gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren bringt die Landesregierung dann auf dieser Grundlage eine Novelle des Kindertagesstättengesetzes auf den Weg. Wir unterstützen die gute Arbeit der Erzieher und Erzieherinnen, auch, indem wir das erfolgreiche Fortbildungsprogramm des Landes weiter verstärken.

Wir setzen neue Impulse bei der musikalischen Früherziehung, indem wir die Kooperationen mit den Musikschulen und dem Landesmusikrat ausbauen. So können alle Kinder ihre Fähigkeiten entdecken und entwickeln – und nicht nur die, deren Eltern das Geld für den Klavierlehrer haben.

Unsere Kita-Kinder von eben kommen im Sommer in die Schule. Der aufregendste Tag in ihrem Leben. Der Tag, an dem aus einem „Wackelzahnkind“ ein Schulkind wird. Den Übergang von der Kita zur Grundschule werden wir dadurch noch besser in den Blick nehmen können, dass beide Bereiche wieder in einem Ministerium zusammengeführt sind, liebe Stefanie Hubig. Es ist richtig, Kitas und Bildung zusammenzudenken!

Wir haben in Rheinland-Pfalz ein durchlässiges und leistungsfähiges Schulsystem. Mit unseren lebendigen Grundschulen, den aufstiegsorientierten Realschulen plus, den

leistungsstarken und profilierten Gymnasien, mit unseren Integrierten Gesamtschulen und Förderschulen. Nicht zuletzt haben wir überall im Land starke berufsbildende Schulen, die den Erhalt der dualen Ausbildung in der Fläche erst ermöglichen.

Es gibt deshalb keinen Anlass für eine grundlegende Veränderung unserer exzellenten Schulstruktur. Wichtigste Grundlage im Schulbereich ist auch in Zukunft eine gute Unterrichtsversorgung. Deshalb schaffen wir zusätzlich 270 Lehrerstellen und streben eine 100 %ige Versorgung an. Wir reduzieren befristete Verträge, indem wir den Vertretungspool auf 1.000 Stellen aufstocken. Wir prüfen die Kooperation zwischen gymnasialen Oberstufen dort, wo die einzelnen Schulen zu klein geworden sind und die Fächerwahl dadurch eingeschränkt ist. 48 didaktische Koordinatoren an Realschulen plus werden die Schulentwicklung begleiten und die Schulleitungen entlasten.

Die Koalition hat sich auch darauf verständigt, allen Lehrkräften mit Hauptschullehramt, die an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen tätig sind und einen Antrag auf Wechselprüfung in das Lehramt an Realschulen plus stellen, nach erfolgreich abgelegter Prüfung eine zeitlich realistische Perspektive zur Beförderung zu eröffnen.

Rheinland-Pfalz steht für ein modernes Schulsystem. Das heißt für uns:

- Die Selbstständigkeit und Mitwirkungsmöglichkeiten an Schulen zu stärken.
- Die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen dort zu unterstützen, wo es vor Ort gewünscht wird und das Qualitätsniveau gesichert ist.
- Den Pfad der Inklusion weiterzugehen und die zentrale Bedeutung des Elternwahlrechts zu erhalten.
- Integrationschancen und Sprachförderung zu sichern.
- Es beinhaltet auch den weiteren Ausbau der Berufswahl- und Studienorientierung. Damit sich junge Menschen im Meer der Möglichkeiten nicht verlieren. Damit sie gut informiert sind und entscheiden können. Damit sie sich gut entwickeln.

Jüngst hat die Bertelsmann-Stiftung der rheinland-pfälzischen Ganztagschule ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Wir stellen im Vergleich aller Flächenländer das meiste zusätzliche pädagogische Personal für gebundene Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I bereit. Wir geben pro Jahr und Klasse mehr als doppelt so viel aus wie Hessen und deutlich mehr als Bayern. In Rheinland-Pfalz ist jetzt und in Zukunft völlig klar: Wo Ganztagschule draufsteht, ist in Rheinland-Pfalz die Ganztagschule drin. Das wird auch in Zukunft so bleiben!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Endlich Sommerferien!“, sagen die Kinder. Gar nicht so einfach sind diese sechs Wochen aber für berufstätige Elternpaare oder Alleinerziehende. Diese Familien sind an-

gewiesen auf Kinderferienprogramme. Jugendämter und freie Träger bieten diese vielerorts an. Damit alle Familien überall in Rheinland-Pfalz zukünftig ein solches Angebot vorfinden, werden wir eine Betreuungsgarantie einführen. Dazu erhöhen wir die Landesmittel zur Förderung dieser Angebote deutlich. Die Betreuungsgarantie ist moderne Bildungs- und Familienpolitik. So lösen wir unser Versprechen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Abgeordneten, liebe Bürger und liebe Bürgerinnen, das eigenständige Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, lieber Konrad Wolf, verdeutlicht unseren Anspruch: Wir werden die Hochschul- und Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz voranbringen. Schon heute wird an unseren elf Hochschulen Herausragendes geleistet. Die rheinland-pfälzische Wissenschaft ist international sichtbar, von der Grundlagen- bis zur anwendungsorientierten Forschung. Diese Erfolgsgeschichte werden wir fortschreiben.

In einem Hochschulzukunftspogramm werden wir mit den Hochschulen Schwerpunkte und Entwicklungsziele vereinbaren und ihre Profilbildung weiter begleiten. Ein neues Hochschulzukunftsgesetz wird die Eigenständigkeit der Hochschulen stärken und sie darin unterstützen, Forschung und Lehre weiterzuentwickeln. Wir werden Investitionen in die wissenschaftliche Infrastruktur tätigen und anstreben, weitere Einrichtungen in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung zu überführen. Mit einer Innovationsoffensive verbessern wir die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Für gutes Studieren braucht es mehr als exzellente Lehre. Die jungen Leute brauchen hervorragende Bedingungen zum Lernen und Leben. Wir unterstützen deshalb die Studierendenwerke.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen. Rheinland-Pfalz bietet seinem wissenschaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege. Es gilt auch in Zukunft für uns, am Grundsatz weiterzuarbeiten: Dauerstellen für Daueraufgaben. Um den Anteil der Frauen weiter zu erhöhen, werden wir die Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes aufgreifen und auf den Hochschulbereich anwenden.

Sehr verehrte Abgeordnete, lebenslanges Lernen ist eine Errungenschaft der Wissensgesellschaft. Was die Volkshochschulen und die anerkannten Weiterbildungsträger leisten, auch im Bereich der Grundbildung und Alphabetisierung, ist hervorragend. Die Landesregierung wird sie durch Verbesserungen bei der Infrastruktur und der Sprachförderung unterstützen.

Es gibt viele weitere wichtige Aufgaben im Bildungsbereich wie der weitere Ausbau des Ganztagsangebots, der Schulsozialarbeit oder Schulpsychologie. Ich kann nicht auf alle Aspekte eingehen, aber ich möchte eines doch noch betonen: Wir leisten hierfür als Land auch in Zukunft Enormes. Gute Bildung für alle kann noch besser

gelingen, wenn Bund, Länder und Gemeinden sich gemeinsam dauerhaft engagieren. Deshalb steht diese, die neue Landesregierung, im Bundesrat für die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, eine Gesellschaft ohne Kunst und Kultur kann nicht leben. Die Landesregierung misst der Kultur einen hohen Stellenwert bei. Jede Region in Rheinland-Pfalz hat ihre eigene Kulturlandschaft und kulturelle Identität. Wir sind stolz auf unsere UNESCO-Weltkulturerbestätten, unsere Orchester und Theater, die vielen Kulturfestivals, die Bibliotheken und Museen und natürlich auch auf die freie Szene. Wir wollen unser kulturelles Erbe erhalten und die vielfältigen Kulturszenen fördern. Wir möchten, dass alle Menschen in diesem Land daran teilhaben können. So unterstützen wir kulturelle Angebote für alle, besonders auch im ländlichen Raum.

Das Ehrenamt spielt hier eine ganz wichtige Rolle. Es ist Ausdruck eigenständigen kulturellen Wirkens und bietet einem breiten Publikum Zugang zu Kunst und zu Kultur. Auch die Kommunen sind wichtige Akteure der Förderung der Kulturarbeit. Daher stärkt die Landesregierung sie auch bei dieser Aufgabe.

Als Politiker und Politikerinnen müssen wir dafür sorgen, dass unserer Demokratie nicht der Nachwuchs ausgeht. Wir werden mehr Demokratie wagen: in der Schulgemeinschaft und an den Hochschulen. Hierfür schafft die neue Landesregierung die gesetzlichen Grundlagen!

Politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil unserer Bildungslandschaft. In der Schule, aber auch in der außerschulischen Jugendarbeit, mit der Landeszentrale für politische Bildung, mit Programmen gegen Rassismus und für Toleranz, mit einer Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit.

Die gute Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften ist für mich und uns selbstverständlich. Dazu gehört auch ein lebendiger interreligiöser Dialog. Für mich, für uns, ist auch in Zukunft klar, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens ihre Religion in Kirchen, Synagogen, Moscheen und Gebetsräumen ausüben können. Das garantiert Artikel 4 unserer Verfassung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrte Abgeordnete, Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Wertschöpfung und gute Rahmenbedingungen für alle Wirtschaftsbereiche: Das sind, lieber Volker Wissing, die zentralen Grundlagen unserer Politik für eine starke Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung sorgt dafür, dass unsere Unternehmen regional, national wie international erfolgreich agieren können. Herausforderungen wie die Fachkräftegewinnung, die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Sicherung des Wissenstransfers im digitalen Zeitalter werden wir gemeinsam kraftvoll gestalten.

Wir machen Wirtschaftspolitik natürlich für alle Branchen und Betriebsformen.

Mit der Einrichtung des „Mittelstandsbeirats“ und dem

Programm „Mittelstandsförderung 2020“ widmen wir dem Rückgrat unserer Wirtschaft ein besonderes Augenmerk. Das Handwerk hat dabei für uns einen besonderen Stellenwert.

Rheinland-Pfalz bleibt weiterhin ein lohnender Investitionsstandort. Global Player und Hidden Champions können bei uns lokale Verankerung mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verknüpfen.

Wir machen Politik für die Tourismuswirtschaft: Mit der zu entwickelnden Tourismusstrategie 2025 stärken wir unsere Standortvorteile wie zum Beispiel den Wein, das Welterbe, die wunderschöne Natur und den barrierefreien Tourismus.

Wir machen Politik für die Gesundheitswirtschaft und werden einen Fachdialog mit Chemie- und Pharmaunternehmen etablieren. Darüber hinaus gehört für uns die Verschränkung von Gesundheits- und Tourismuswirtschaft zu einer wirtschaftspolitisch ergiebigen Clusterbildung.

Meine Landesregierung macht Politik für unsere Winzer, damit wir auch im nächsten Jahrzehnt Weinland Nummer 1 bleiben: Durch eine starke Interessenvertretung auf der Ebene des Bundes und Europas. Durch die Förderung des Steil- und des Steilstlagenweinbaus. Durch den Einsatz für ein vielfältiges Rebsortenspektrum und geschützte Qualitäts- und Herkunftsbezeichnungen.

Wir stehen an der Seite der Landwirtschaft, auch und gerade in der jetzigen Situation der Unwetter, unter denen viele leiden, aber natürlich auch im Zusammenhang mit dem Thema Milchpreis. Rheinland-Pfalz braucht auch in Zukunft eine hochwertige Lebensmittelproduktion vor Ort. Die Landwirte bieten Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum, und sie tragen entscheidend zur Biodiversität bei.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir uns auf Bundes- und EU-Ebene für ihre Interessen einsetzen. Sie können sich auch darauf verlassen: Die Landesregierung wird eine Landwirtschaftspolitik aus einem Guss machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

Nicht zuletzt sorgt die Landesregierung für gute Rahmenbedingungen der digitalen Vorreiter, auch durch eine Stärkung der Gründer-, der Kreativ- und der Startup-Szene.

Innovations- und Technologiepolitik machen wir zu einem wirtschaftspolitischen Schwerpunktthema. Mit dem „Innovationsimpuls Rheinland-Pfalz“ gehen wir die notwendigen Schritte. Dazu gehören der Aufbau eines Innovationsportals und eines landesweiten Kompetenzzentrums „Smart Services“. Dazu gehört die Schaffung eines „Netzwerks digitaler Handel“. Wir werden den Bereich „Smart Factory“ weiter stärken und die Entwicklung des „Netzwerks Maschinenbau und Produktionstechnik“ voranbringen.

Innovations- und Technologiepolitik dienen der Stärkung der digitalen Ökonomie und damit einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise. Diese Entwicklung ist für mich untrennbar mit der Frage verbunden, welche Bedingungen für Arbeit daraus resultieren, wie die Beschäftigten in diesem

Geflecht aus digitalen Prozessen und automatisierten Abläufen weiterhin im Vordergrund stehen. Gemeinsam mit unseren Partnern am „Ovalen Tisch“ und weiteren wichtigen Akteuren entwickelt meine Landesregierung deshalb in dieser Legislaturperiode den Masterplan „Gestaltung der Zukunft der Arbeit 4.0“.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Hört, hört!)

Wir wollen eine Digitalisierung, die den Menschen dient, und genauso werden wir arbeiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein bildungspolitischer Erfolg, dass sehr viel mehr Kinder heute Abitur machen können. Aber es ist irgendwie auch ein Irrglaube, dass junge Menschen unbedingt studieren müssen, um erfolgreich und glücklich sein zu können. Viele Kinder werden mit einer beruflichen Ausbildung erfolgreicher und glücklicher als mit einem Studium.

Die Landesregierung ist deshalb davon überzeugt: Rheinland-Pfalz braucht beides, nämlich Meister und Master, und unser Land braucht auch Master mit Meister.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb entwickeln wir die Angebote des dualen Studiums weiter. Machen wir die berufsbildenden Schulen demografiefest unter Einbeziehung der Experten und Expertinnen. Stärken wir die überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten.

Deshalb wird es ein Programm „Keiner ohne Berufsausbildung“ geben, um bei der Ausbildung niemanden zurückzulassen. Und wir führen den Meister-Bonus ein. Das ist auch ein klares Bekenntnis zum Handwerk. Wir machen damit deutlich, dass das Studium und die duale Ausbildung gleichwertig sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gute Arbeit ist der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und unverzichtbar für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Gute Arbeit heißt für uns faire Arbeitsbedingungen und insbesondere gute Löhne.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Auch für die
Lehrer!)

Aber auch die traditionell gut gelebte Sozialpartnerschaft in unserem Land gehört dazu. Als Ministerpräsidentin werde ich mit dem „Ovalen Tisch“ die Partnerschaft von Politik, Arbeitgebern und Kammern sowie Gewerkschaften und Betriebsräten weiter pflegen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, auch in Rheinland-Pfalz gibt es Menschen, die arm oder armutsgefährdet sind. Dies trifft vor allem Frauen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien, ältere Menschen mit geringer Rente, Erwerbsgeminderte sowie Langzeitarbeitslose und junge Menschen ohne berufliche Qualifikation.

Gerade jetzt, in einer Zeit, in der sich viele Menschen Gedanken um ihre Zukunft machen, in der Menschen Angst

haben vor Abstieg oder vor sozialen Notlagen, will ich sehr, sehr deutlich machen: Wir wollen Menschen unterstützen, dass sie ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand nehmen können.

Gebührenfreie Bildung gibt allen Kindern gleiche Chancen, und sie entlastet auch die Eltern finanziell. Wir fördern 20.000 Wohnungen, um bezahlbares Wohnen gerade für Menschen mit geringen Einkommen möglich zu machen.

Wir investieren in die „Soziale Stadt“ und in die Gemeinwesenarbeit, um Stadtteile sozialintegrativ und zusammen mit den dort lebenden Menschen zu entwickeln.

Mit verlässlichen Rahmenbedingungen für die Schuldner- und Suchtberatung helfen wir Menschen aus der Armutspirale.

Und mit über 300 Maßnahmen und Projekten vermitteln wir Menschen wieder in Arbeit und geben ihnen auch eine zweite und eine dritte Chance.

Wir setzen das Präventionsgesetz mit unseren Partnern um, um vorsorgend zu einer besseren Gesundheit zu verhelfen.

Liebe Sabine Bätzing-Lichtenthäler, gemeinsam werden wir auf Landesebene alles tun, um die Ursachen von Armut und Abstiegsangst zu bekämpfen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz ist ein inklusives Land. Wir stehen entschieden gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung. Inklusion bedeutet auch, dass Menschen von Anfang an ein Teil der Gesellschaft, der Gemeinschaft sind. Unsere Handlungsgrundlage ist die UN-Behindertenrechtskonvention.

Das Bundesteilhabegesetz wird momentan kritisch diskutiert. Es bietet jedoch auch die Chance, erhebliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung zu erreichen, und dafür setzen wir uns ein.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen! Dazu gehört auch die Förderung von barrierefreien Wohnmöglichkeiten.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, eine erfolgreiche Wirtschaft, gute Arbeit, nachhaltige Produktionsbedingungen und gleichberechtigte Teilhabe, das bedeutet gutes Leben. Dass die Menschen in jeder Lebenslage faire Chancen haben, wenn nötig, auch eine zweite oder eine dritte Chance, dass sie bei uns in sozialer Sicherheit leben können, das ist unser Ziel!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anna Seghers, Carl Zuckmayer, Ernst Bloch. Diese Persönlichkeiten, alle drei in Rheinland-Pfalz geboren, stehen beispielhaft für unzählige unserer Landsleute, die vor dem Terror des Nationalsozialismus fliehen mussten. Der Artikel 16a des Grundgesetzes, das Asylrecht, ist nicht zu trennen von solchen Lebenswegen. Wir alle tragen Verantwortung

für das Heute. Geschichtsvergessenheit darf niemals die politische Kultur unseres Landes vergiften.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung macht eine wertegeleitete und gleichzeitig an praktischen Fragen orientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik, liebe Anne Spiegel. Flüchtlinge erhalten Schutz, Unterkunft und Versorgung. Diejenigen, die bleiben, müssen sich integrieren und hierzu auch die Möglichkeit bekommen. Diejenigen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht bleiben dürfen, verlassen das Land, idealerweise durch freiwillige Ausreisen statt durch aufwändige und teure Abschiebungen. Wir halten uns hier schlicht an Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht.

Das rheinland-pfälzische Lebensgefühl macht doch Folgendes aus: Bei uns werden Fremde zu Freunden. Wir sind überzeugt: Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Die Bundesrepublik braucht deshalb ein modernes und effizientes Einwanderungsgesetz. Wir müssen die Einwanderung und Integration in Deutschland endlich politisch steuern und gesellschaftlich gestalten.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, Faris, einer der Jungs aus der Kita-Gruppe, kommt aus Syrien. Er ist seit letztem Jahr in Rheinland-Pfalz. Er spricht schon gut Deutsch und hat sich bestens in die Gruppe integriert. Er hat den anderen von zu Hause erzählt, von den Bomben, dem Lärm, von der Flucht über das Meer, von der Angst der Eltern, dass er seine Freunde vermisst, dass es so kalt in Deutschland ist. Jetzt ist sein bester Freund Michael, weil sie beide Fußball lieben. Für beide ist klar: Deutschland wird Europameister.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht alle Flüchtlinge werden den Wunsch haben, bei uns zu bleiben. Wie damals beim Jugoslawienkrieg – ich will noch einmal daran erinnern – haben viele ihr Herz in der Heimat zurückgelassen und wollten wieder dorthin, wenn der Krieg vorbei ist. Faris Vater war übrigens Lehrer in Syrien und will sofort zurück, wenn sich die politischen Verhältnisse verbessern.

Für uns und für die Flüchtlinge ist es wichtig, dass die Integration gelingt, egal wie lange sie bleiben. Die neue Landesregierung hat deshalb in ihrer ersten Arbeitssitzung einen Staatssekretärs-Ausschuss beschlossen, der kontinuierlich an der Integration arbeitet.

Wir verknüpfen in der „rheinland-pfälzischen Integrationskette“ die Angebote des Landes mit den Instrumenten der Bundesagentur für Arbeit. Dabei bieten wir auch Kurse zum Spracherwerb und zur Wertevermittlung an. Es ist an der Zeit, dass der Bund hier endlich ausreichende Angebote schafft. Mit dem Integrationsgesetz nimmt der Bund wichtige Forderungen der Landesregierung auf, wie die Schaffung von 100.000 Arbeitsgelegenheiten, die Verbesserungen bei der Arbeits- und Ausbildungsförderung sowie weitere Erleichterungen bei der Vorrangprüfung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch immer gibt es Flüchtlinge, die mehr als 18 Monate auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten und deren Identität bekannt ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wer hat Ihnen das geschrieben?)

Für diese Menschen wollen wir beim Bund ein dem Flüchtlingsstatus vergleichbares Aufenthaltsrecht erreichen, wenn sie auf ein Asylverfahren verzichten. Eine Altfallregelung schafft Gewissheit für die Betroffenen und entlastet die Behörden!

Die Landesregierung macht eine Politik, die den konkreten Bedürfnissen vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden entspricht, eine Politik, die die Verantwortung und Interessen unseres Bundeslandes im Rahmen der föderalen Ordnung wahrnimmt, eine Politik für Zusammenhalt und Chancen, damit Rheinland-Pfalz auch morgen und übermorgen ein modernes, weltoffenes Land bleibt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, liebe Bürger und Bürgerinnen, Rheinland-Pfalz hat auf diesem Kontinent eine besondere Position, nämlich im Herzen Europas. Viele Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzinnen tragen Europa im Herzen. Offene Grenzen, die uns das Schengener Abkommen sichert, garantieren Frieden und Wohlstand. Wenn Nationalisten die Grenzen schließen wollen, dann hieße das, dass viele Berufstätige nicht mehr einfach ihrer Arbeit nachgehen könnten, dass Industriegüter nicht mehr „just-in-time“ geliefert werden könnten, dass sich Nachbarn nicht mehr einfach begegnen könnten.

Geschlossene Grenzen schwächen unser Land.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Zurück zu nationaler Abschottungspolitik wird es mit dieser Landesregierung nicht geben. Rheinland-Pfalz braucht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ein starkes, vereintes, friedliches Europa ist das Ergebnis langer, harter Arbeit. Das behalten wir im Gedächtnis. Wir begreifen es als Auftrag für die Zukunft.

Das ist der Grund, warum Rheinland-Pfalz stets in engen Beziehungen mit Regionen auf der ganzen Welt steht, vor allem mit dem Vierernetzwerk und der Großregion, mit dem Bundesstaat South Carolina, der chinesischen Provinz Fujian und der japanischen Präfektur Iwate. Ein besonderes Beispiel der internationalen Zusammenarbeit ist die Graswurzelpartnerschaft mit der afrikanischen Republik Ruanda. Wir sind glücklich über diese Freundschaften.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden sie weiter pflegen.

Die Bundesratspräsidentschaft, die ich ab November 2016 innehaben werde, sowie der Tag der Deutschen Einheit 2017 in Mainz bieten gute Gelegenheiten, die hohe Bedeutung Europas für Deutschland erneut deutlich zu machen.

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen, wer die IGS Ludwigshafen betritt, macht einen sichtbaren Schritt in eine andere Welt. Lernen und Lehren 4.0. Für die Schüler und Schülerinnen stehen Tablets, Whiteboards und individuelle Lernprogramme zur Verfügung. Lehrer und Lehrerinnen entwickeln eigene Software für ihren Unterricht. Vor allem zweierlei fand ich bemerkenswert, erstens die pädagogische Professionalität und unaufgeregte Normalität, mit der digitale Medien dort eingesetzt und genutzt werden. Zweitens sah ich bei meinem Besuch Schüler und Schülerinnen mit Heft und Stift in den Händen, mit Büchern und kopierten Blättern. Neue Medien verdrängen dort nicht die alten komplett. Sie werden gleichzeitig genutzt.

Die IGS Ludwigshafen beteiligt sich seit vielen Jahren am Projekt „Medienkompetenz macht Schule“, dem Programm der Landesregierung zur Digitalisierung der Bildung. Das werden wir fortentwickeln. Wir haben uns als Koalition gemeinsam vorgenommen, das digitale Lernen zum Standard zu machen. Wir werden die Weiterbildung der Lehrerschaft und die Ausstattung verbessern. Ich möchte, dass Mia, Emma und die anderen aus der Kita-Gruppe das digitale Lernen auch in der Grundschule schon ganz selbstverständlich nutzen können, so wie heute die Kinder in der IGS Ludwigshafen. Wir machen die jungen Leute fit für das neue Jahrzehnt! Dafür arbeiten wir!

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Digitalisierung ist für uns niemals Selbstzweck. Sie soll das Leben der Menschen besser machen. In diesem Sinne werden wir sie gestalten.

In Rheinland-Pfalz gibt es „Digitale Dörfer“, die Zukunftskonzepte für den ländlichen Raum ausloten. Im Steillaagenweinbau ersetzen Drohnen die bemannten Spritzschrauber. Mit den vielen Möglichkeiten von „Smart Farming“ werden die Potenziale für die Landwirtschaft genutzt. In innovativen Produktionsverfahren sind wir Vorreiter. In Kaiserslautern befindet sich die weltweit erste Industrie 4.0.-Anlage und eines von fünf Bundeskompetenzzentren.

Unsere Schüler und Schülerinnen, unsere Lehrer und Lehrerinnen sind bundesweit Spitze in Sachen Medienkompetenz. Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Musterland der digitalen Vernetzung machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Landesregierung wird daher ein Digitalisierungskabinett einsetzen und bis zum Sommer Eckpunkte für eine umfassende Digitalstrategie vorlegen.

Digitalisierung ermöglicht gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe. Dazu brauchen wir schnelles Internet für jede und jeden in unserem Land. Wir werden dafür sorgen, dass bis 2018 flächendeckend 50 Megabit im Technologiemix zur Verfügung stehen.

In der modernen Gesellschaft wächst der Bedarf an hohen Bandbreiten, und das mit rasantem Tempo. Unser Ziel ist daher ein echter Netzinfrastrukturwandel, weg vom Kupfer hin zu Glasfaser bis zu jedem Haus. Wir wollen

zudem mit unseren Partnern aus den Telekommunikationsunternehmen, aus den Spitzenverbänden, Kammern und Energieversorgern ein „Netzbündnis für Rheinland-Pfalz“ gründen.

Mobiles Internet ist heute selbstverständlich. Wir werden 1.000 WLAN-Hotspots in 1.000 Kommunen und in allen öffentlichen Gebäuden mit Internetanschluss etablieren. Wir wollen, dass Busse und Bahnen mit Internet ausgestattet werden.

Wir freuen uns darüber, dass der Bundestag morgen die Störerhaftung abschaffen wird. Das wird uns weiterhelfen.

Transparenz und Offenheit des Verwaltungshandelns sind Leitlinien unserer Politik. Wir sind das erste deutsche Flächenland mit einem Transparenzgesetz. Wir werden die Transparenzplattform und das Open Data Portal weiterentwickeln.

Der Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung müssen gewährleistet sein. Um auf die neuen Bedrohungen besser reagieren zu können, wird Rheinland-Pfalz zudem Datenschutzstellen bei den Staatsanwaltschaften einrichten.

Auch der Verbraucherschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Ein verbraucherpolitischer Schwerpunkt wird im digitalen Bereich liegen. Für den Bereich der unabhängigen Beratung bleibt die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein wichtiger strategischer Partner.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, lange Zeit haben wir die Digitalisierung wie einen der üblichen technologischen Fortschritte betrachtet, so wie von der Kutsche zum Auto. Tatsächlich aber befinden wir uns mitten in einer Revolution, deren Auswirkungen neben den urbanen Zentren auch das kleinste Dorf in unserem Land erfasst. In Anbetracht des demografischen Wandels können diese Veränderungen Chancen bieten. Ich verspreche Ihnen: Diese Landesregierung wird die Potenziale der Digitalisierung nutzen und unser Land voranbringen!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ist uns Verpflichtung und Selbstverständnis zugleich.

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Hört, hört!)

– Herr Schmitt, das ist nichts Neues.

Bis zum Jahr 2020 werden wir den strukturellen Haushaltsausgleich erreichen.

Liebe Doris Ahnen, dabei liegt noch ein beachtlicher Weg vor uns. 420 Millionen Euro müssen wir laut Finanzplanung noch erbringen und Mehrausgaben gegensparen. Wir werden bei Sachausgaben, Zuschüssen und Zuwendungen kürzen müssen. Wir werden durch konsequente und qualifizierte Steuerung den Ausgabenanstieg in großen Ausgabenblöcken begrenzen. Bei der Einhaltung der Schuldenbremse ist die gesamte Landesregierung gefordert. Es wird nicht leicht werden. Aber wir haben die

Kraft, einerseits in Schwerpunkte zu investieren, nämlich in Bildung, Infrastruktur und Digitales, und andererseits haben wir gleichzeitig die Kraft, den Haushalt zu konsolidieren.

Ein Wort an unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Landesverwaltung: Ich will Ihnen danken für Ihre motivierte und engagierte Arbeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für alle Bereiche der Landesverwaltung. Das Land Rheinland-Pfalz wird seine Vorbildfunktion als guter Arbeitgeber wahrnehmen und den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig halten. Die gute Arbeit der Landesverwaltung muss sich auch in guter Bezahlung widerspiegeln.

Die Regierungskoalition strebt deshalb im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an, die Abschlüsse der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder für die Beamten und Beamtinnen sowie die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen zu übernehmen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist ja
völlig neu!)

Wir haben gesagt, dass wir 2.000 Stellen in der Landesverwaltung abbauen wollen, 600 davon in den Ministerien und Mittelbehörden. Bei einer Personalausgabenquote von rund 40 % ist dies ein unumgänglicher Schritt und eine immense Anstrengung. Bestehende Abbaupfade sind in den 2.000 Stellen zwangsläufig enthalten.

Wir werden auch unseren Verwaltungsaufbau genau anschauen. Dazu gehört es auch zu prüfen, in welchen Bereichen sich durch eine Zweistufigkeit eine effektive Verwaltung realisieren lässt. Die Gewerkschaften sowie Personalvertretungen werden wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Der Ministerrat hat bereits beschlossen, eine Steuerungsgruppe einzusetzen. Diese soll konkrete Einsparungen in den einzelnen Personalbereichen festlegen und die Umsetzung begleiten.

Wir werden alles daran setzen, Ausgaben verantwortungsvoll zu reduzieren. Aber wir haben auch zu lösende Aufgaben auf der Einnahmeseite. Aktuell laufen die Gespräche zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Hierzu liegt ein einstimmiger Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz vor. Wir appellieren an den Bund, diese Einigung rasch gemeinsam umzusetzen. Besonders für Rheinland-Pfalz, auch für unsere Kommunen, ist hier eine tragfähige Lösung unverzichtbar.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich weiß nicht, ob Sie es wissen, es gibt Kommunen in unserem Land, die sich „Goldkommunen“ nennen. Klingenmünster ist ein solches Beispiel. Mitten in der Ortsgemeinde an der Südlichen Weinstraße liegt das Stiftsgut Keysermühle. Als ich den Ort auf meiner Sommerreise besuchte, war ich einfach begeistert:

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich fand ein von der UNESCO ausgezeichnetes Naturhotel mit 69 Betten und einem Restaurant vor. Gesellschafterin ist die Bürgerstiftung Pfalz mit einer sozialen und ökologischen Ausrichtung. Von den rund 40 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen leben 14 Menschen mit Behinderung. Klingemünster wurde im Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ mit Gold ausgezeichnet. Jetzt ist es in der Auswahl für den Europäischen Dorferneuerungspreis.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Schöne Gemeinde!)

– Ja, auch das. Der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz hat Zukunft, wenn es Menschen gibt, die ihn lebendig halten. Mit einer Landesregierung im Rücken, die Impulse gibt, sich auf neue Impulse einlässt und den Fortschritt mit den Verantwortlichen vor Ort gestaltet. Das gilt im Kleinen, aber auch für langfristig angelegte Vorhaben wie die Landesgartenschauen und die Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal. Rheinland-Pfalz ist geprägt vom ländlichen Raum, von der Vielfalt der starken lokalen und regionalen Identitäten. Unser Ziel ist, dass dies so bleibt.

Die Landesregierung wird die Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft der Kommunen auf allen Ebenen stärken. In den kommenden Jahren verfolgen wir dazu die nächste Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform auf der Grundlage eines umfangreichen wissenschaftlichen Gutachtens. Auch die weitergehende Optimierung der kommunalen Gebietsstrukturen haben wir im Blick. Ich danke der CDU sehr herzlich, dass sie sich daran beteiligt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiges Instrument zur Sicherung dezentraler Versorgungsstandorte ist die zentralörtliche Gliederung. Zentrale Orte übernehmen neben der Versorgung ihrer Einwohner und Einwohnerinnen festgeschriebene Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen. Das derzeitige Zentrale-Orte-Konzept wird fortentwickelt. Damit wird die Förderung zeitgemäß und zukunftsfähig.

Land und Kommunen arbeiten Hand in Hand. Ein besonderes Anliegen ist für uns daher die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen. Die Finanzausgleichsmasse wird auch in den nächsten Jahren stark wachsen, stärker als die Gesamtausgaben des Landes. Im letzten Jahr konnte die Gesamtheit der Kommunen einen positiven Finanzierungssaldo von 82 Millionen Euro verzeichnen. Ich will das nochmals betonen, weil dies das erste Mal seit Jahren und Jahrzehnten ist, dass das passiert ist.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Der kommunale Finanzausgleich ist seit seiner Reform 2014 um 596 Millionen Euro angestiegen, das heißt, um 29,8 % in nur drei Haushaltsjahren.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wie damals angekündigt, wollen wir den kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2017 evaluieren, und das wird diese Landesregierung tun. Im Rahmen der Evaluation werden

wir die Belastung der Kommunen, die sehr hohe Sozialausgaben und dadurch einen hohen Schuldenstand verzeichnen, besonders berücksichtigen. Auch der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden. Wir stehen zum Kommunalen Entschuldungsfonds.

Interkommunale Kooperation schafft Dörfern und Städten neue Gestaltungsspielräume. Die Zukunftsinitiativen „Starke Kommunen – Starkes Land“ und „Kommune mit Zukunft“ ermöglichen es auch in Zukunft, den ländlichen und städtischen Raum lebendig zu gestalten.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In meiner Regierungserklärung im Jahr 2013 habe ich den Kommunen ein Versprechen gegeben, nämlich dass Land und Kommunen Hand in Hand arbeiten. Ich habe dieses Versprechen eingehalten. Beim Kita-Ausbau haben wir uns geeinigt, bei der Inklusion, bei der Flüchtlingsunterbringung, und wir haben den kommunalen Finanzausgleich neu geordnet. Ich erneuere mit dieser Regierungserklärung das Angebot: Die Kommunen haben auch in Zukunft den direkten Draht zur Ministerpräsidentin. Diese Landesregierung ist offen und bereit, die Probleme der Kommunen gemeinsam zu lösen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, für ein gutes Leben brauchen Menschen Sicherheit, soziale Sicherheit, aber natürlich auch den Schutz vor Kriminalität. Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Länder in Deutschland.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach Gott, ach Gott!)

Lieber Roger Lewentz, wir werden alles dafür tun, dass das in Zukunft genau so bleibt.

Die Innere Sicherheit haben wir vor allem unserer hoch professionellen Polizei zu verdanken.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Lest ihr die Statistiken falsch herum, oder was?)

Ihr Beruf ist sehr fordernd und oft auch sehr gefährlich. Vor ihrer Arbeit habe ich allergrößten Respekt. Es ist für mich immer besonders eindrücklich, wenn ich an unserer Hochschule der Polizei bin und die jungen Anwärter und Anwärterinnen erlebe, wie sie sich mit Teamgeist und Begeisterung auf ihren Beruf vorbereiten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Und ihren 7 Millionen Überstunden!)

Wir setzen bei der Inneren Sicherheit deshalb einen klaren Schwerpunkt: In den nächsten fünf Jahren stellen wir 2.500 Anwärter und Anwärterinnen bei der Polizei ein. 500 neue Beamte und Beamtinnen jedes Jahr.

Ich weiß, dass die Anforderungen an unsere Polizei ständig steigen: Cyberkriminalität, Extremismus, vor allem Rechtsextremismus, und islamistischer Terror.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden dem mit einer schlagkräftigen, modern ausgestatteten und präsenten Polizei begegnen. Es wird zudem eine Stärkung der Bereitschaftspolizei geben, die zu einem Polizeipräsidium „Einsatz und Unterstützung“ aufgewertet werden soll.

Ich bin mir bewusst: Die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land machen sich aufgrund der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen Sorgen. Ich kann das absolut nachvollziehen, weil es schlimm ist, wenn Menschen in die Privatsphäre eindringen. Unsere Polizei arbeitet in allen fünf Polizeipräsidiolen in speziellen Teams an dieser Herausforderung. Sie intensiviert die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und auch mit Drittstaaten. Ich versichere Ihnen, die Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität bleibt Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Wenn es in einem Haus in Rheinland-Pfalz brennt oder es auf der Straße einen Unfall gibt, sind sie immer sofort zur Stelle.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wenn sie da sind! Wenn die Rettungsstelle besetzt ist!)

Auch bei den Unwetterschäden in der vergangenen Woche waren sie da: Feuerwehren, Rettungsdienste, Brand- und Katastrophenschutz. Herzlichen Dank für dieses große Engagement!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Menschen engagieren sich, zum großen Teil ehrenamtlich. Wir werden ein stetiges und verlässliches Budget bereitstellen, integrierte Leitstellen fördern und uns mit der Leitstellenstruktur befassen.

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen, unsere unabhängige Justiz sichert das rechtsstaatliche Zusammenleben unserer Bürger und Bürgerinnen. Naturgemäß ist ihre Arbeit besonders personalintensiv. Unsere Personalplanung berücksichtigt dies, lieber Herbert Mertin. Wir wollen auch weiterhin eine bürgernahe und soziale Justiz. Wir bauen das Angebot an Rechtsantragsstellen und anwaltlichen Beratungsstellen aus. Gleichzeitig sichern wir die psychosoziale Prozessbegleitung und stärken Hilfsangebote.

Unsere Justiz leistet auch im Bereich des Justizvollzugs einen hervorragenden Beitrag zur Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Unser Ansatz ist dabei: Je effektiver uns die Resozialisierung gelingt, desto besser können wir Rückfälle verhindern oder vermindern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf jugendlichen und heranwachsenden Tätern und Täterinnen. Auch hier gilt: Neue Chancen eröffnen! Niemanden zurücklassen!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, modern ist, wer die Umwelt und das Klima schützt. Zusammenhalt muss sich auch hier zeigen, und zwar als Gerechtigkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Der Schutz unserer Umwelt und der Tiere, der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Bewahrung der Schöpfung haben für uns einen hohen Stellenwert. Dafür steht besonders auch Ulrike Höfken, die heute leider aufgrund eines persönlichen Trauerfalls nicht hier sein kann.

Die Landesregierung bekennt sich zum Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleverstromung. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir auch in Zukunft spitze bleiben.

(Zuruf der Abg. Christian Baldauf, CDU,
und Joachim Paul, AfD)

Für dieses Ziel setzen wir uns auch bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein. Gestern Nacht bis um halb eins saßen wir zusammen und haben immerhin wichtige Eckpunkte miteinander besprochen.

Dabei gilt es, Interessen sinnvoll auszutarieren und tragbare Kompromisse zu finden. In der Energiepolitik bedeutet dies, dass die Planungshoheit über Windkraftanlagen bei den Kommunen bestehen bleibt. Auf der Ebene des Landesentwicklungsprogramms wird die Landesregierung umgehend nachsteuern.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Hört, hört!)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf klare Kriterien für die Aufstellung der Windparks geeinigt.

Wir wollen zudem lokale Bürgerenergiegenossenschaften stärken und große Unternehmen darin unterstützen, nachhaltig zu produzieren. Die Energieagentur setzt auch in Zukunft hier an, berät und unterstützt bei der Energieeinsparung.

(Heiterkeit bei dem Abg. Christian Baldauf,
CDU)

Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald ist gelebter Umwelt- und Klimaschutz. Die Landesregierung entwickelt gemeinsam mit den Partnern vor Ort den Nationalpark Hunsrück-Hochwald weiter. Er ist erfolgreiche und gelebte Regionalentwicklung. Wir werden die Beteiligungskultur, von der die bisherige Entwicklung des Projekts getragen wurde, auch in Zukunft fortsetzen. Dies gilt beispielsweise für die Ausarbeitung eines Wegeplans und den Ausbau der touristischen Infrastruktur.

Eine solche Verbindung von Klima-, Natur- und Umweltschutz, regionaler Struktur- und Tourismuspolitik, auch einer partnerschaftlichen Gemeinschaftsarbeit verschiedener Akteure, ist es, die das Biosphärenreservat Pfälzerwald/Nordvogesen so attraktiv macht. Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands. Die Landesregierung wird es zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung machen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ei, ei, ei! Da
klatscht sogar Frau Lemke!)

Rheinland-Pfalz ist reich an schützenswerter Natur durch

viel Wald, Wiesen und Wasser.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes werden wir weiter vorantreiben. Wir werden im engen Dialog mit den Akteuren des Umwelt- und Naturschutzes die „Aktion Grün“ aufsetzen. Ich bin davon überzeugt: Die neue „Aktion Grün“ wird den Natur- und Artenschutz ebenso voranbringen wie die Lebensqualität der Menschen in den Regionen.

Beim Atomausstieg geht Deutschland voran. Natürlich sehen wir aber mit Sorge über unsere Grenzen nach Belgien und Frankreich. Auch diese Landesregierung wird sich weiter für eine endgültige Abschaltung der grenznahen Atomkraftwerke einsetzen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch ganz klar gegen jede Art von Laufzeitverlängerung und die europäische Subventionierung neuer Atomkraftwerke.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, Rheinland-Pfalz wird den Grundsatz der Nachhaltigkeit in all seinen Facetten verfolgen: Ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit setzen wir in praktische Politik um.

Viele von uns sind dienstlich und privat auf gute Straßen, Schienen und Radwege angewiesen. Viele kommen in unser Land, um unsere ländlichen Gebiete zu erkunden. Rheinland-Pfalz braucht also eine gute Infrastruktur. Sie fördert wirtschaftlichen Erfolg und touristische Attraktivität. Sie verbindet unsere Regionen.

Für uns sind Straßenverkehr und ÖPNV kein Gegensatz. Gerade die Versorgung und Anbindung der ländlichen Regionen, aber auch die Beweglichkeit in den Städten erfordern einen Mobilitätsmix, den wir umweltschonend ausbauen wollen.

Den Ansatz im Landeshaushalt für Investitionen in Landesstraßen und begleitende Radwege werden wir im Rahmen einer Mobilitätsoffensive erhöhen. Zur Umsetzung dieser Vorhaben müssen die Planungskapazitäten des Landesbetriebes Mobilität aufgestockt werden. In der kommenden Legislaturperiode werden wir dafür insgesamt 600 Millionen Euro ausgeben. Beim Einsatz dieser Mittel gilt der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Es gilt aber auch, neue Straßen, wie beispielsweise Ortsumgehungen, in den Blick zu nehmen: zur Entlastung der Bevölkerung von Lärm und Abgasen und unter Berücksichtigung von Naturschutzbelangen, Flächenverbrauch und Verkehrssicherheit.

Die Planung einer Mittelrheinbrücke als welterbeverträgliches, kommunales Verkehrsprojekt wird umgehend wieder aufgenommen. Diese Planung wird eingebunden in die Entwicklung eines regionalen Mobilitätskonzeptes und mit der UNESCO erörtert.

Im März dieses Jahres hat das Bundesverkehrsministerium mit dem Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan 2030 auch seine Entscheidungen für die Projekte

in Rheinland-Pfalz vorläufig mitgeteilt. Diejenigen Projekte, die vom Bund als vordringlich eingestuft wurden, werden vom Landesbetrieb Mobilität als Auftragsverwaltung des Bundes umgesetzt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist ja klar! Das müssen sie doch!)

Leider sind etliche für die Regionen wichtige Verkehrsprojekte nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. Gegen die niedrige Einstufung der alternativen Güterverkehrsstrecke für das Mittelrheintal im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans hat die Landesregierung beim Bundesverkehrsminister ihren Protest angemeldet. Das Land engagiert sich auch weiter, die Realisierungschancen für diese Projekte zu erhöhen. Bei aller Freude am heutigen Tag über die Einweihung des neuen Gotthardtunnels gibt es doch Sorge bezogen auf die längerfristige Perspektive, dass der Güterverkehr und damit die Lärmbelastung im Mittelrheintal noch extremer werden.

Die neue Landesregierung wird den ÖPNV mit dem Erfolgsmodell Rheinland-Pfalz-Takt weiterentwickeln und in Qualitätsverbesserungen investieren. Bus- und Bahnangebote sollen stärker verknüpft werden. Gemeinsam mit den Verkehrsverbänden wollen wir die Pünktlichkeit, Attraktivität und Barrierefreiheit der Angebote verbessern.

Weiter werden wir uns für die zügige Reaktivierung von Schienenstrecken einsetzen. Das gilt für die Verlängerung der S-Bahn von Zweibrücken nach Homburg unter maßgeblicher Beteiligung des Saarlandes, den Ausbau der Weststrecke bei Trier und der Aartalbahn südlich von Diez.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Alles klar!)

Dies gilt auch für die Hunsrückbahn. Wir werden weitere touristische Reaktivierungsprojekte überall dort unterstützen, wo auch die Kommunen bereit sind, sich finanziell zu engagieren.

Natürlich wird sich das Land mit aller Deutlichkeit bei der DB AG dafür einsetzen, dass die Anbindungen der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr wiederhergestellt werden, wie zum Beispiel in Trier. Das ist etwas, was wir nicht akzeptieren können. Unsere Initiative für ein Fernverkehrssicherungsgesetz werden wir auf Bundesebene einbringen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis 2020 muss sich der Bahnlärm durch leisere Güterzüge halbiert haben, sonst werden wir uns für ein Fahrverbot lauter Güterzüge einsetzen. Um den Bahnlärm im Mittelrheintal zu reduzieren, beteiligt sich auch die neue Landesregierung freiwillig an zusätzlichen Maßnahmen der DB zur Lärmreduzierung.

Viele Menschen sind auch durch Fluglärm belastet. Wir kennen diese Problematik und die berechtigten Sorgen der Menschen. Wir setzen uns für eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes ein: Der Fluglärmschutz muss gesetzlich aufgewertet und verbessert werden. Bürger und Bürgerinnen, auch die Öffentlichkeit, sind bei wesentlichen Änderungen der Flugrouten endlich zu beteiligen.

Die Potenziale des Fahrradverkehrs sollen im Alltagsverkehr und im Tourismus verstärkt erschlossen werden. Dafür wird ein Radverkehrs-Entwicklungsplan erarbeitet. Wir alle lieben inzwischen E-Bikes und Pedelecs. Sie sind auch eine wachsende Chance, den Anteil des Radverkehrs als umweltfreundlichen Verkehrsträger zu steigern.

Um die vielen Akteure im Land einzubinden, wird die Landesregierung einen „Mobilitätskonsens 2021“ durchführen. In dem breit angelegten Beteiligungsprozess werden Unternehmen, Verbände, Kommunen, Wissenschaft, Gewerkschaften und andere Interessenvertreter über die zukünftigen Mobilitätsanforderungen im Land beraten und Vorschläge entwickeln. Die Landesregierung steht für einen innovativen und ausgewogenen Mobilitäts-Mix. Er ist vernetzt, umweltfreundlich, flexibel.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Abzug der US-amerikanischen Truppen aus vielen Teilen in Rheinland-Pfalz haben Konversionsprojekte eine große Bedeutung für die Infrastruktur in ländlichen Gebieten des Landes gewonnen. Der Flughafen Frankfurt-Hahn ist ein Beispiel dafür.

Der Geschäftsbetrieb des Flughafens ist derzeit – wie bei vielen anderen Regionalflughäfen auch – defizitär. Gleichzeitig definieren die im Oktober 2014 erlassenen Luftverkehrsleitlinien der Europäischen Kommission die beihilferechtlich zulässigen Finanzierungsmöglichkeiten des Landes neu: Spätestens ab 2024 müssen Flughäfen „auf eigenen Füßen stehen“, was aus heutiger Sicht bei der derzeitigen Struktur kaum erreichbar erscheint. Die Landesregierung betrachtet deshalb die Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes als den einzig richtigen Weg für den Flughafen Frankfurt-Hahn, den Standort und für die Region. Dabei bekennen wir uns weiterhin zum Hahn und sind bereit, die nach den Luftverkehrsleitlinien zulässigen Mittel bereitzustellen. Die Europäische Kommission hat den von uns beschrittenen Weg gebilligt; insbesondere auch der Verkaufsprozess wurde in enger Abstimmung mit Brüssel durchgeführt.

Mit dem Verkauf des Geschäftsanteils des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH an einen privaten Investor, der in einem europaweiten, transparenten Bieterverfahren im Wettbewerb ermittelt wurde, werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Vorzüge des Hahns besser genutzt werden. Marktkennntnis, Geschäftsmodell und Branchenvernetzung des Investors sollen Vorteile insbesondere bei der Verkehrsentwicklung mit sich bringen. Die vom Bieter im Verfahren vorgelegten Planungen weisen in diese Richtung.

Mein Kabinett hat am Montag das Innenministerium ermächtigt, die Vertragsverhandlungen zu einem Ende zu führen und bei Vorliegen aller notwendigen Voraussetzungen den Vertrag beurkunden zu lassen. Die Wirksamkeit des Vertrages machen wir aber abhängig von der Zustimmung des Landtages.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Transparente
Zusammenarbeit mit der Opposition!
Super!)

Wir werden deshalb, aus Gründen maximaler Transparenz, ein „Hahn-Veräußerungsgesetz“ einbringen.

(Heiterkeit der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Sobald die vertraglichen Grundlagen dazu fixiert sind, wird die Landesregierung dazu auf die Fraktionen des Landtags zugehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Unglaublich!)

Sehr verehrte Abgeordnete, liebe Bürger und Bürgerinnen, fragt man junge Menschen, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen, dann sagen sie einerseits, dass sie gerne Familie möchten und andererseits einen guten Beruf. Wir wollen junge Menschen darin unterstützen, sich genau diese Wünsche zu erfüllen. Seit 2011 steigen die Geburtenzahlen in Rheinland-Pfalz wieder langsam an. Ich finde, das ist eine gute Nachricht.

Rheinland-Pfalz ist Familienland. Familie ist der Ort für Geborgenheit und Zusammenhalt. Hier wird Gemeinschaft lebendig. Wir stehen für ein modernes, für ein vielfältiges Familienbild. Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Die meisten Kinder wachsen in Familien mit Mutter und Vater auf. Die Landesregierung hat alle Formen des Zusammenlebens und alle Generationen im Blick.

Unsere Kitas sollen den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern entsprechen. Sie sollen Lern- und Begegnungsorte sein und zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Flexiblere Öffnungszeiten und eine gute Betreuung in den Randzeiten helfen Berufstätigen, insbesondere alleinerziehenden Müttern und Vätern.

In der Kinder- und Jugendhilfe wird Rheinland-Pfalz als erstes Flächenland eine landesweite Ombudsstelle einrichten. Wir wollen diese Stelle beim Bürgerbeauftragten des Landes ansiedeln. Das ist ein wichtiger Schritt in der Jugend- und Familienpolitik. Mit den gewonnenen Erfahrungen wollen wir dann eine dauerhafte Struktur einrichten, an die sich Kinder, Jugendliche und ihre Familien wenden können.

Viele Menschen haben das Glück, immer älter zu werden. Das ist schön, das ist ein Geschenk. Eine exzellente Basis für eine gute Unterstützung sind landesweit unsere 135 Pflegestützpunkte.

Mit der Gemeindegewerkschaft Plus bietet das Land ein Hilfsangebot für die vielen hochbetagten Menschen, die noch gar nicht auf Pflege angewiesen sind. Oft suchen sie Rat, wie sie noch länger selbstbestimmt leben können.

Aber wir gehen einen Schritt weiter! Wir qualifizieren Beratungs- und Koordinierungsfachkräfte zu persönlichen Pflegemanagern weiter. Damit entlasten wir all jene, die sich aufgrund der persönlichen oder beruflichen Umstände nicht um jedes Detail der Pflege der Angehörigen kümmern können. Denn wenn ältere Menschen plötzlich auf Pflege angewiesen sind, zählt jeder Tag.

Woran erkennen wir moderne Gesellschaften, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen? Nicht nur, aber natürlich auch an ihrer Frauenpolitik. Trotz guter Fortschritte bleibt dennoch viel zu tun. Gleichberechtigung heißt: gute Arbeitsplätze für Männer und Frauen. – Es heißt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Die Landesregierung unterstützt Frauen, die Führungspositionen anstreben. Denn es muss selbstverständlich werden, dass sowohl Jungen als auch Mädchen ihr volles Potenzial ausschöpfen können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist es noch immer eine traurige Wahrheit, dass Mädchen und Frauen häufig Opfer von Gewalt werden. Das bekämpfen wir konsequent und helfen den betroffenen Mädchen und Frauen. Ein Netzwerk aus Frauenunterstützungseinrichtungen wie Frauenhäuser, Notrufe, Interventionsstellen sowie die Frauenhausberatungsstellen bieten flächendeckend Anlaufstellen für Betroffene. Die Hilfseinrichtungen können sich auch künftig auf eine sichere Förderzusage verlassen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen erfahren Diskriminierungen und Benachteiligungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Ein Umdenken ist nötig; denn Vielfalt ist ein Gewinn. Deshalb werden wir die Initiative „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gemeinsam mit den Interessengruppen weiterentwickeln und sie bei der Umsetzung der „Strategie Vielfalt“ einbeziehen. Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene für die zivilrechtliche Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Namen Friedrich Wilhelm Raiffeisen hört, denkt natürlich an die Genossenschaftsidee. Die Wenigsten aber wissen, dass Raiffeisen ein Rheinland-Pfälzer ist. Er stammt aus der kleinen Gemeinde Hamm im Landkreis Altenkirchen. Sein Modell lebt nicht nur in der Bankenwelt weiter. In unserem Land gibt es zunehmend Orte, in denen Raiffeisens Genossenschaftsidee fortbesteht.

Einer dieser Orte ist „Die Wohnerei“ in Kusel. Hier wird die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens auf ideale Weise umgesetzt: generationsübergreifendes Wohnen in einer lebendigen Gemeinschaft, genossenschaftlich organisiert, in einem barrierefreien, ökologisch nachhaltigen Bau. In der „Wohnerei“ leben junge, ältere und alte Menschen zusammen und zeigen, dass Modernität keine Frage des Alters ist.

Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung gesagt, es ist meine Vision, dass in jeder Gemeinde in Rheinland-Pfalz ein gemeinschaftliches Wohnprojekt entsteht. Mittlerweile haben wir immerhin über 100 davon im ganzen Land, und ich bleibe dabei: Den gemeinschaftlichen Wohnprojekten gehört die Zukunft. Auch Pflege-Wohngruppen und ambulante Wohngemeinschaften können gute Alternativen sein. Dies treiben wir durch die Weiterentwicklung

des Programms „WohnPunkt RLP“ voran.

Bezahlbarer Wohnraum ist wichtig! Hier setzen wir einen besonderen Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit. Insgesamt sollen in dieser Legislaturperiode gut 20.000 Wohnungen neu in die soziale Wohnraumförderung aufgenommen werden. Die Förderungen sollen darauf ausgerichtet sein, Wohnraum bezahlbar, barrierefrei und generationengerecht zur Verfügung zu stellen.

Auch genossenschaftliches Wohnen wird gefördert.

Land, Kommunen, Verbände und Unternehmen sind gefordert, stärkere Anreize für die Bautätigkeit im Land zu setzen. Deshalb arbeiten wir im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen an dieser wichtigen Aufgabe.

Gerade im ländlichen Raum ist die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung ein zentrales gesundheitspolitisches Ziel. Unsere Krankenhausplanung richtet sich nach Erreichbarkeit, Qualität und Bevölkerungsentwicklung. So erhalten wir flächendeckend die medizinische Versorgung.

Unsere Krankenhäuser werden mit den notwendigen Investitionsmitteln ausgestattet. Bis zum Jahr 2020 stehen insgesamt 134 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 15 Millionen Euro zusätzlich, und darüber hinaus bis 2019 landesseitig mindestens 24 Millionen Euro mehr für die Umstrukturierung von Krankenhäusern. Klar ist: Eine gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnortes sein!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Licht, CDU: Und wenn
doch?)

Unsere Universitätsmedizin in Mainz bietet gemeinsam mit den Lehrkrankenhäusern Forschung, Lehre und Krankenhausversorgung auf höchstem Niveau. Wir werden sie weiterhin engagiert unterstützen.

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, ein starkes Land, eine starke Demokratie geht nur mit einer solidarischen und engagierten Bürgerschaft. Dazu gehört natürlich das Mitmachen, das Mitreden, das Mitbestimmen.

Jacobs Vater ist Fußballtrainer. Obwohl Jacob lieber Karate macht. Bens Eltern helfen im Flüchtlingsheim. Jeden Samstag.

Luans Oma war früher Musiklehrerin, und sie gibt jetzt Klavierunterricht in ihrer Kirchengemeinde.

Diese Liste könnte ich endlos fortsetzen. Die Hälfte aller Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen arbeitet ehrenamtlich, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Mit der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei werde ich auch künftig das Ehrenamt weiter stärken.

Wir werden das bewährte Informations- und Serviceangebot beibehalten und ausbauen. Mein Augenmerk gilt besonders den Vereinen. Sie sind eine große Stütze des

Ehrenamts, trotz mancher Herausforderungen, und mit unserer Initiative „Ich bin dabei“ erreichen wir darüber hinaus zurzeit 1.600 Menschen.

Die Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen haben in den vergangenen beiden Jahren mit ihrem Engagement für die Flüchtlinge ein ganz großes Zeichen der Solidarität gesetzt, und auch dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die haupt- und ehrenamtliche Arbeit der Menschen im Sport ist uns besonders wichtig und erwähnenswert. Sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport ist ein bedeutender Faktor für unser Land. Der Sport leistet einen großen Beitrag zur Gewalt- und Rassismusprävention, und er stärkt vor allem insgesamt die Gemeinschaft.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, all denjenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, zu danken. Dies möchte ich an dieser Stelle – ich denke, im Namen aller – tun und ein großes und herzliches Dankeschön an sie aussprechen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich tue dies als Ministerpräsidentin beispielsweise auch durch den landesweiten Ehrenamtstag mit vielen Akteuren oder die Ehrenamtskarte, die inzwischen als Erfolgsgeschichte in unser Land eingeht und die den Kommunen und uns die Möglichkeit der besonderen Wertschätzung gibt. Aber ich möchte auch sagen, dass viele Menschen einfach so ihr Ehrenamt bekleiden.

Die Arbeiten der Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung in der vergangenen Legislaturperiode haben gezeigt, dass das Land in Sachen Beteiligung bereits gut aufgestellt ist. Weitere konkrete Schritte müssen folgen. Dazu gehört: der Abbau von Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide und damit verbunden die Absenkung der Quoren. Ich werde erneut auf die Opposition zugehen mit dem Ziel, hierfür die notwendige Mehrheit im Landtag zu erreichen, und ich appelliere auch an dieser Stelle an Sie: Verschließen Sie sich nicht der Modernisierung unserer Demokratie!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. So halten wir die Demokratie lebendig und auf der Höhe der Zeit!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einem starken Land und einer starken Demokratie gehören freie und unabhängige Medien. Wir dürfen es nicht unwidersprochen lassen, wenn Journalisten als „Lügenpresse“ diffamiert werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der AfD)

Öffentlich-rechtliche und private Radio- und Fernsehse-

her, Verlagshäuser, Nachrichtenmagazine und Blogs tragen zur Meinungsbildung und zur Meinungsvielfalt bei. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt ein besonderer Informations-, Bildungs- und Kulturauftrag zu. Dieser muss auch in der digitalen Medienwelt erfüllt werden.

Wir wollen den Medienstandort Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Deshalb setze ich mich auf allen Ebenen als Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder dafür ein, die Medienvielfalt auch in der digitalen Welt zu sichern.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der AfD: Vielfalt?)

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Der Fortschritt ist gar keine Schnecke. Die Themen wechseln rasant. Ein Ereignis, eine Innovation, eine Schlagzeile löst die andere ab.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist
nichts Neues, das sagte schon Konfuzius! –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja, ja, das
moderne Rheinland-Pfalz!)

Rheinland-Pfalz wandelt sich. Die Welt wandelt sich. Aber sie wandelt sich seit jeher. Nur die Geschwindigkeit hat sich erhöht.

Manche Menschen fühlen sich verunsichert. Ich sage, in dieser Dynamik liegt Potenzial. Wir Politiker und Politikerinnen haben die Aufgabe, den Wandel zu gestalten. Veränderungen zu Fortschritt zu machen, sie zum Vorteil für Menschen zu nutzen, das ist unsere Aufgabe. Mit Freude voran in die Zukunft. Das ist meine, und das ist unsere Politik!

Dem Landtag kommt nach unserer Verfassung eine besondere Rolle zu. Als Regierungschefin bin ich dem Parlament verantwortlich. Ich wünsche mir eine konstruktive Zusammenarbeit. Lassen Sie uns engagiert um die besseren Argumente und Lösungen streiten. Ich bin mir sicher, wenn wir so unserer Verantwortung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen gerecht werden, dann zeigt sich die Demokratie von ihrer besten Seite.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich sage es noch einmal: Mia, Emma und Ben, Faris, Michael oder Eymen. Ihre Lebensgeschichten stehen exemplarisch für die Vielfalt und die Vitalität unseres Landes.

(Zurufe aus dem Hause)

Die Kinder, die Eltern oder Erzieher und Erzieherinnen haben mir ihre Geschichten erzählt – in den letzten Monaten, an vielen verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz. Ich kenne dieses Land, und ich kenne seine Menschen. Sie wissen, ich halte die Balance. Die Bürger und Bürgerinnen können sich auf mich verlassen.

Ich werde auch in Zukunft eine Ministerpräsidentin für alle Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen sein,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Erst einmal für die Genossen!)

auch für diejenigen, die keiner der Koalitionsparteien ihre Stimme gegeben haben. Auch ihre Meinung ist mir wichtig auf dem Weg in die Zukunft.

Mit klarem Blick und mit offenem Herzen werde ich Rheinland-Pfalz in das nächste Jahrzehnt führen. Mit Haltung und mit Zusammenhalt in dieser Zeit und in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, die zumindest in der letzten halben Stunde die Regierungserklärung mitverfolgen konnten. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 b des Gymnasiums Mülheim-Kärlich und Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 1, Betzdorf/Kirchen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Nun verbleibt mir noch, Sie für die dritte Plenarsitzung am morgigen Donnerstag, den 2. Juni, um 09:30 Uhr einzuladen. Damit ist die Sitzung geschlossen. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 15:55 Uhr